

Protokoll

über die 28. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Wedel am Montag
dem 08.02.2016, im Sitzungsraum Caudry des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 19:55 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener

Herr Christian Fuchs

Frau Heidemargret Garling

Herr Michael C. Kissig

Herr Peter Kramer

Fraktionsvorsitzender

1. stellv. Bürgermeister

WSI:

Herr Dr. Stephan Bakan

Herr Andreas Schnieber

Ausschussvorsitzender

2. stellv. Bürgermeister

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gertrud Borgmeyer

Herr Olaf Wuttke

Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Frau Sophia Jacobs-Emeis

Fraktionsvorsitzende

FDP-Fraktion:

Frau Renate Koschorrek

i.V.für Herrn Waldemar Herrmann

Fraktion DIE LINKE:

Herr Dr. Detlef Murphy

Fraktionsvorsitzender

Seniorenbeirat:

Frau Dr. Sigrun Klug

Jugendbeirat:

Herr Christian Koch

Umweltbeirat:

Herr Maximilian Bruch vom


Verwaltung:



18.01.2016

- 4.) Schriftliche Anfragen
- 5.) Verlängerung der Anpassung der Wertgrenzen für Vergaben nach VOB und VOL für die Stadtentwässerung Wedel
Vorlage: BV/2016/148
- 6.) Beteiligung an einer Kommunalholding der WEP GmbH
Vorlage: BV/2015/135
- 7.) Fraktionszuwendungen - Verteilmaßstab ab 01.01.2016
Vorlage: BV/2016/010
- 8.) Mitteilungen und Anfragen
 - 8.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 8.2 BusinessPark Elbufer / Sanierung des 1. Grundwasserleiters
Vorlage: MV/2015/115
 - 8.3 Bericht der Stabsstelle Prüfdienste über die Prüfung des Erweiterungsbaus Johann-Rist-Gymnasium
Vorlage: MV/2016/005
 - 8.4 Spendeneinnahmen Stadt Wedel 2015
Vorlage: MV/2016/006
 - 8.5 Kosten Premium- und privilegierte Veranstaltungen 2015
Vorlage: MV/2016/008
 - 8.6 Mündliche Mitteilungen
 - 8.7 Anfragen
- 9.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 27. nichtöffentlichen Sitzung vom 18.01.2016

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 10.) Mitteilungen und Anfragen
 - 10.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 10.2 Mündliche Mitteilungen
 - 10.3 Anfragen
 - 11.) Unterrichtung der Öffentlichkeit
-
- 

Öffentlicher Teil:

1.) Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2.) Anhörung der Beiräte

Die Vertretungen des Senioren-, Umwelt- und Jugendbeirates sind alle anwesend.
Niemand hat etwas zu berichten.

**3.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom
18.01.2016**

Da weder im öffentlichen noch im nichtöffentlichen Teil Änderungen gewünscht sind,
beschließt der Rat über das gesamte Protokoll bei 1 Enthaltung und mit 11 Ja-
Stimmen:

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

4.) Schriftliche Anfragen

Schriftliche Anfragen liegen nicht vor.

**5.) Verlängerung der Anpassung der Wertgrenzen für Vergaben nach VOB und VOL
für die Stadtentwässerung Wedel
Vorlage: BV/2016/148**



Herr Harms bittet um folgende Änderung in § 3 Abs.4 der Änderungs- und Ausschreibungsordnung der Stadtentwässerung, die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügt ist: Der Betrag 200.000,-- € ist durch den Betrag 209.000,--€ zu ersetzen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Wedel beschließt die der Beschlussvorlage beigefügte Änderung der Ausschreibungs- und Vergabeordnung der Stadtentwässerung Wedel über die Höhe der zu beachtenden Wertgrenzen gemäß VOB und VOL.

6.) Beteiligung an einer Kommunalholding der WEP GmbH Vorlage: BV/2015/135

Herr Wuttke fragt zu Beginn der Beratung zu diesem TOP, ob neben Uetersen - die Stadt hat eine Beteiligung abgelehnt - und Rellingen - hier wurde dem Beitritt bereits zugestimmt - inzwischen weitere Kommunen des Kreises eine Entscheidung über eine Beteiligung getroffen haben. Herr Baehr antwortet, dass die entsprechenden Ausschusssitzungen in den Kommunen in diesem Monat anberaumt sind und mit den Entscheidungen Ende Februar gerechnet werden kann. Von Quickborn habe er gehört, dass die Stadt auch schon einem Beitritt zugestimmt haben soll.

Herr Wuttke gibt sodann bekannt, dass die Grüne-Fraktion in dieser Frage gespalten ist und daher heute nicht einheitlich abstimmen wird.

Nach kurzer weiterer Aussprache beschließt der Ausschuss mit 11 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme, dem Rat zu empfehlen:

Beschluss

Der Rat der Stadt Wedel beschließt den Erwerb eines Geschäftsanteils in Höhe von € 2.000,-- an einer noch zu gründenden WEP Kommunalholding GmbH zuzüglich der damit verbundenen Gründungskosten von € 1.000,-- und eine Einlage in die WEP Kommunalholding GmbH in Höhe von weiteren € 2.000,-- zur Finanzierung eines Anteilerwerbs an der WEP Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH. Für die laufende Betriebsführung der Kommunalholding ist mit Kosten in der Höhe von € 800,-- jährlich zu rechnen.

7.) Fraktionszuwendungen - Verteilmaßstab ab 01.01.2016 Vorlage: BV/2016/010



Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Rat zu empfehlen:

Beschluss

Der Rat beschließt den jährlichen Fraktionszuschuss in Höhe von derzeit insgesamt 6.000 €
ab dem 01.01.2016 nach folgendem Maßstab auf die dem Rat angehörenden Fraktionen zu verteilen:

1. Es wird ein Grundbetrag pro Fraktion, gestaffelt nach Anzahl der Ratsmitglieder, 1 - 5 Mitglieder = 450 €, ab 6 Mitglieder = 300 €, gezahlt.
2. Die verbliebenen Haushaltsmittel werden auf die Fraktionen prozentual nach Anzahl der Ratsmitglieder aufgeteilt.“
3. Die bislang den Fraktionen in Rechnung gestellte jährliche Getränkepauschale entfällt ersatzlos.
Kalte Getränke werden weiterhin in bisherigem Umfang bereitgestellt.

8.) Mitteilungen und Anfragen

8.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen


Steuerrückzahlungen an Vattenfall

Der Bürgermeister bezieht sich auf einen Artikel in der örtlichen Presse, in dem über die Rückzahlung berichtet wird. Er betont, dass die Informationen nicht von der Verwaltung an die Presse gegeben wurden. Vielmehr kamen die Informationen auf Nachfragen durch die Presse direkt von Vattenfall.

Die Rückzahlungen sind im Haushalt bereits berücksichtigt.

Rückweisung eines Einspruchs gegen das Ergebnis des Bürgerentscheides zum Thema Bebauung Grundstück Feldstraße/Ecke Rudolf-Breitscheid-Straße mit einer Flüchtlingsunterkunft

Herr Schmidt gibt bekannt, dass die Verwaltung nach Prüfung durch das Innenministerium und in enger Abstimmung mit dem Innenministerium den Einspruch abweisen wird. Eine entsprechende Beschlussvorlage ist bereits an den Wahlprüfungsausschuss versendet worden und geht auch in den nächsten Rat.



8.2.) BusinessPark Elbufer / Sanierung des 1. Grundwasserleiters
Vorlage: MV/2015/115

Herr Wuttke würde es begrüßen, wenn dem Beirat BusinessPark Elbufer und dem Haupt- und Finanzausschuss mehrjährige Messergebnisse bekanntgegeben werden würden und zwar für alle wesentlichen Stoffe, zu denen eine Kontrolle erfolgte und erfolgt. Es wäre interessant, nachvollziehen zu können, inwieweit sich durch die Maßnahmen der Stadt der Abbau der Schadstoffmengen entwickelt hat bzw. weiter entwickelt.

Herr Baehr entgegnet, dass in der zu dieser Sitzung verteilten Liste alle wesentlichen Stoffe schon angeführt sind. Da die Stadt Werte erst seit 2013 regelmäßig untersuchen lässt, können auch erst ab 2013 die Messergebnisse angegeben werden.

Herr Wuttke erwidert, dass es Messwerte geben müsste aus Zeiten, zu denen Exxon Mobil noch selber gemessen hatte; zumindest müssten Messergebnisse vorliegen ab Vertragsbeginn Exxon Mobil ./. Stadt. Es wäre für die Grünen durchaus interessant, zu sehen, wie sich seitdem bis heute die Schadstoffmengen verringert haben oder eben in Einzelfällen auch nicht.

Weitere Wortbeiträge gibt es nicht. Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

8.3.) Bericht der Stabsstelle Prüfdienste über die Prüfung des Erweiterungsbaus
Johann-Rist-Gymnasium
Vorlage: MV/2016/005

Herr Dr. Murphy bedankt sich zunächst bei den Prüfdiensten für den umfassenden und aussagekräftigen Prüfbericht. Er stellt fest, dass bei dem Projekt „JRG“ alles schief gegangen ist, was nur schiefgehen konnte.

Die Prüfdienste sind zu dem Ergebnis gekommen, dass zwar einiges schlecht gelaufen ist und schlecht abgewickelt wurde, aber letztlich dem Steuerzahler kein wirtschaftlicher Schaden entstanden war. Im Mensabereich jedoch, so Herr Dr. Murphy, sind Mehrkosten in Höhe von 30.000,-€ entstanden, die die beauftragte Firma zu verantworten hatte. Hier hätten Regressansprüche geltend gemacht werden können. Insofern ist zumindest in dieser Höhe dem Steuerzahler doch ein Schaden entstanden.

Zur Lösung solcher festgestellten Problematiken bei zukünftigen größeren Projekten - es gab offenbar für ein solch umfangreiches Projekt wie dem JRG-Ausbau eine personelle Unterbesetzung in dem zuständigen Fachdienst - will die Verwaltung zukünftig eine externe Baubegleitung einkaufen. Herr Dr. Murphy möchte gerne wissen, wann eine externe Projektleitung eingesetzt werden soll. Auch schon beim Bau einer einfachen Flüchtlingsunterkunft ?

Der Bürgermeister antwortet, dass er selber aufgrund der starken zeitlichen Verzögerung beim JRG-Bauprojekt die Prüfdienste um Prüfung und um Ursachenfindung beauftragt hatte. Die detaillierten Prüfergebnisse liegen nun vor

und wurden im Fachausschuss ausführlich erörtert. Der UBF-Ausschuss hat dann auch mehrheitlich anerkannt, dass es beim Projekt JRG ab einem bestimmten Zeitpunkt einen personellen Engpass gegeben hatte. Es wurde auch festgestellt, dass bei bestimmten Bauprojekten, egal, ob bei Schul-, Kita- oder Flüchtlingsunterkunftsbau, immer unter Zeitdruck geplant und gebaut werden musste. Als Schlussfolgerung daraus hat der UBF angeregt, bei Bauprojekten ab einem geschätzten Volumen von 2,5 Millionen Euro zukünftig eine externe Projektsteuerung einzubeziehen. Fazit ist aber auch, so Herr Schmidt, dass die Verwaltung zu den Kostensteigerungen und den zeitlichen Verzögerungen bessere Informationspolitik hätte betreiben müssen. Entsprechend soll nun nach den Empfehlungen der Prüfdienste und des Fachausschusses beim anstehenden Schulerweiterungsbau GHS/EBS und dem Bau der Flüchtlingsunterkünfte eine externe Projektsteuerung eingesetzt werden. Parallel wird intern geprüft, inwieweit der Fachdienst personell entweder aufgerüstet werden müsste oder organisatorischen Umstrukturierungen Sinn machen würden. Über die diesbezüglichen Prüfergebnisse wird er informieren.

Herr Jagemann schließt sich den Aussagen des Bürgermeisters an und erläutert zusammenfassen das Prüfverfahren.

Herr Dr. Murphy meint, dass, wenn Probleme intern entstanden sind, diese auch intern zu lösen sind. Nach seinem Eindruck neigt die Stadt zu sehr nach der externen Lösung. Verstehen kann er darüber hinaus nicht, dass bei einer seines Erachtens relativ einfachen Planung für eine Flüchtlingsunterkunft schon eine externe Projektleitung eingesetzt werden muss.

Herr Schmidt wiederholt noch einmal, dass es jetzt um Schulerweiterungsbaumaßnahmen GHS/EBS und die Planung von Unterkünften geht und er hierzu eine Projektsteuerung für richtig hält. Für die internen Prüfungen zu einer möglichen personellen Erweiterung des Fachdienstes oder einer organisatorischen Umstrukturierung wird Zeit bis zum Jahresende nötig sein. Der Einsatz einer externen Projektsteuerung für die besagten Projekte hat außerdem auch den Vorteil, dass beobachtet werden kann, ob und inwieweit eine externe Projektsteuerung von Vorteil ist. Das Ergebnis kann in die personellen oder organisatorischen Entscheidungen einfließen.

Frau Koschorrek merkt an, dass die Kosten für einen Projektsteuerer bei 2-3 % des Investitionsvolumens liegen. Das kann sich lohnen, wenn dadurch Verteuerungen und zeitliche Verzögerungen vermieden werden.

In der weiteren ausführlichen Debatte erläutert Herr Meinert Fragen der Ausschussmitglieder und Herr Kissig stellt fest, dass er beim Thema „Mensabau“ ein Deja-vu-Erlebnis hat. Schon beim Ausbau der Albert-Schweitzer-Schule hatte die CDU-Fraktion eine externe Projektsteuerung gefordert. Die Ergebnisse kennt man. Er ist daher für eine externe Begleitung bestimmter Bauprojekte und hält 2-3 % Honorarkosten für angemessen, weil das zu weniger unverhofften Mehrausgaben führen wird.

Hinsichtlich einer möglichen personellen Mehrausstattung des Fachdienstes gibt er zu bedenken, dass bei einer Erkrankung, womöglich auch noch längeren Erkrankung, die Probleme gleich wieder da sein würden. Aus diesem Grund ist eine externe Projektsteuerung vorzuziehen, zumal die Verwaltung bei Nichteinhaltung bestimmter Bedingungen Regress einfordern könnte, was bei ggf. intern verursachten Umständen nur schwer umsetzbar sein würde. Ob und ab wann zu bestimmten zukünftigen Projekten eine externe Projektsteuerung eingesetzt werden sollte, kann der Fachausschuss doch von Fall zu Fall entscheiden, so Herr Kissig. An die Verwaltung

gewandt, regt Herr Kissig unter Betrachtung des „Fluchs der ersten Zahl“ an, zukünftig von vornherein einen gewissen Kostensteigerungsbetrag einzuplanen.

Herr Schmidt erläutert im Rahmen der weiter andauernden Aussprache, dass zukünftig als Fazit aus den jetzt gemachten Erfahrungen alle Gewerke komplett zu Beginn einer Maßnahme ausgeschrieben werden sollen und nicht mehr nach und nach je nach Bedarf.

Herr Dr. Murphy ist verwundert, wie leicht und locker heute hier im Ausschuss über weitere Ausgaben in Höhe von 2 - 3 % eines Kostenvolumens für eine Baumaßnahme debattiert wird, während im JS- und BKS-Ausschuss bei den jeweils anstehenden Haushaltsberatungen über Kürzungen im Hunderter-Bereich diskutiert wird. Seiner Meinung nach sollte eine mögliche externe Baubegleitung nicht am Kostenvolumen, sondern an der Komplexität der Maßnahme festgemacht werden.

Herr Kissig möchte die letzte Aussage Herrn Dr. Murphys nicht so stehen lassen. Es gehe nicht um locker und leicht zu beschließende Mehrausgaben, sondern darum, dass durch eine solche Ausgabe Mehrausgaben überhaupt erst verhindert werden können.

Herr Dr. Bakan erinnert daran, dass bei damaliger Planung und damaligen Bau des Kombibades auch eine externe Projektsteuerung herangezogen wurde. Er regt an, dass die Verwaltung die seinerzeit gemachten Erfahrungen bei jetzt anstehenden Entscheidungen einfließen lassen sollte.

Weitere Wortbeiträge gibt es nicht. Der Ausschuss nimmt den Prüfbericht zur Kenntnis.

8.4.) Spendeneinnahmen Stadt Wedel 2015 Vorlage: MV/2016/006

Frau Garling stellt fest, dass offenbar nur die Albert-Schweitzer-Schule Spenden vom Schulverein erhält. Dieses kann sie sich nicht vorstellen.

Herr Schmidt antwortet, dass er davon ausgeht, dass die anderen Schulen die Spenden der Schulvereine, die ja auch eigentlich keine Spenden an die Stadt sind, nicht gemeldet haben.

Herr Kissig bittet, zukünftig auch die Spenden der anderen Schulvereine anzugeben. Herr Dr. Bakan meint, dass Spenden, die für die Ausstattung der Schulen sind, hier anzuführen sein müssten, solche für das Essen der Schulkinder wohl eher nicht.

Herr Schmidt sagt Klärung bis zur nächsten Information zu den Spenden zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

8.5.) Kosten Premium- und privilegierte Veranstaltungen 2015 Vorlage: MV/2016/008



Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

8.6.) Mündliche Mitteilungen

Es gibt keine weiteren Mitteilungen.

8.7.) Anfragen

Es gibt keine Anfragen.

9.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 27. nichtöffentlichen Sitzung vom 18.01.2016

Das Protokoll wurde bereits unter TOP 3 genehmigt.

Da kein Ausschussmitglied und kein Mitglied der Verwaltung vertrauliche Mitteilungen oder Anfragen hat, braucht die Öffentlichkeit zu TOP 10 nicht ausgeschlossen werden und unter TOP 11 muss die Öffentlichkeit nicht wieder hergestellt und unterrichtet werden.

Deshalb verabschiedet der Vorsitzende alle Anwesenden und schließt um 19:55 Uhr die Sitzung.

11.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Vorsitzende/r

Martina Weisser
Schriftführer/in

Datum der
Unterschrift _____



